

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XXVI
Materialienverzeichnis	LVI
Abkürzungsverzeichnis	LVII
Einleitung	1
§ 1 Vorfragen als Etappen auf dem Weg zur Urteilsfindung	1
§ 2 Gegenstand der Arbeit	3
§ 3 Gang der Untersuchung	4
Kapitel 1 Grundlagen	5
§ 1 Terminologie der Vorfrage	5
§ 2 Abgrenzung der Haupt- von der Vorfrage	18
Kapitel 2 Einteilung der Vorfragen und ausgewählte Einzelfragen	43
§ 1 Die prozessuale oder verfahrensrechtliche Vorfrage	43
§ 2 Die materielle oder materiellrechtliche Vorfrage	46
§ 3 Einreden und Einwendungen	58
Kapitel 3 Die prozessuale Behandlung der Vorfrage im Allgemeinen	67
§ 1 Anspruch auf Vorfragenbeurteilung von Amtes wegen	67
§ 2 Zuständigkeitsfragen im Zusammenhang mit Vorfragen	71
§ 3 Sistierung des Verfahrens	98
§ 4 Auf die materielle Vorfrage anwendbares Verfahrensrecht	120
§ 5 Entscheide in Zusammenhang mit Vorfragen	141
§ 6 Wirkungen von Entscheiden im Zusammenhang mit Vorfragen	147
§ 7 Rechtsmittel im Zusammenhang mit Vorfragen	188
Kapitel 4 Ausgewählte Sonderfälle	197
§ 1 Der hypothetische Inzidentprozess	197
§ 2 Der vorfrageweise „Gestaltungsentscheid“	216
§ 3 Die Stufenklage	230

§ 4 Die Pfandrechte im Allgemeinen und das Bauhandwerkerpfandrecht im Besonderen.....	235
Kapitel 5 Immaterialgüterrechtliche Vorfragen und Zuständigkeit.....	245
§ 1 Die neue Zuständigkeitsregelung und die alte Rechtsprechung.....	245
§ 2 Die Zuständigkeitsregelung für Patentsachen im Besonderen	253
§ 3 Die Vorfragenzuständigkeit der einzigen kantonalen Instanz nach ZPO	279
Kapitel 6 Vorfragen mit internationalzivilprozessualen Bezug.....	285
§ 1 Vorfrageweise Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets	285
§ 2 Vollstreckung ausländischer Entscheidungen über Geldforderungen	291
Kapitel 7 Ausgewählte Vorfragen in SchKG-Angelegenheiten.....	305
§ 1 Vorfrageweise Prüfung (der Zustellung) des Zahlungsbefehls	305
§ 2 Die Einrede fehlenden neuen Vermögens nach Art. 265/265a SchKG.....	309
§ 3 Betreibungsrechtliche Klagen mit Reflexwirkung auf das materielle Recht.....	323
Zusammenfassung der Ergebnisse.....	329

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XXVI
Materialienverzeichnis	LVI
Abkürzungsverzeichnis	LVII
Einleitung	1
§ 1 Vorfragen als Etappen auf dem Weg zur Urteilsfindung	1
§ 2 Gegenstand der Arbeit	3
§ 3 Gang der Untersuchung	4
Kapitel 1 Grundlagen	5
§ 1 Terminologie der Vorfrage	5
I. Vorbemerkungen	5
II. Sprachliche Herleitung	6
III. Herleitung in einem logischen Sinne	7
1. Begriffsbestimmung nach WINFRIED KRALIK	7
2. Einschränkungen der logischen Betrachtung in der Lehre	9
3. Definition der Vorfrage nach einer rein logischen Betrachtung	11
IV. Herleitung in einem organisatorischen Sinne	12
V. Der Vorfragenbegriff in der schweizerischen Rechtsprechung	12
VI. Vorliegend verwendeter Vorfragenbegriff	13
VII. Fazit	17
§ 2 Abgrenzung der Haupt- von der Vorfrage	18
I. Einleitung	18
II. Gängige Abgrenzung: Vorfrageentscheid erscheint nicht im Dispositiv	19
III. Inhalt des Dispositivs (Urteilsformel).....	19
IV. Wesentliches Abgrenzungskriterium: Streitgegenstand	21
V. Abgrenzung der Haupt- von der Vorfrage nach dem Streitgegenstand	22
1. Einleitung	22
2. Grundlagen zum Streitgegenstand	23

a)	Prozessualer Streitgegenstandsbegriff	23
b)	„Hilfsweise“ materiellrechtliche Betrachtung	24
c)	Hauptfrage ist Rechtsfrage	26
d)	Beispiel Teilklage	26
3.	Abgrenzung anhand von Grundsätzen zum Streitgegenstand	28
a)	Dispositionsmaxime	28
b)	Relativierung bei Geltung der Officialmaxime	29
c)	Klageziel/Zweck der Klage	30
d)	Rechtsschutzform	31
e)	Objektive Klagenhäufung oder Vorfrage eines Rechtsbegehrens?	32
f)	Widerklagebegehren oder Einrede bzw. Einwendung?	34
g)	Auslegung und richterliche Fragepflicht	35
4.	Schlussfolgerungen für die Abgrenzung	35
a)	Selbständiges Rechtsbegehren für die Vorfrage	35
b)	Zu ausführlich gestellte Rechtsbegehren	36
c)	Prozessökonomische Überlegungen?	37
5.	Änderung der Hauptfrage	38
6.	Folgen des Vorfrageentscheids im Dispositiv	39
VI.	„Hauptfrage“ und „Hauptsache“ im Verhältnis zur Vorfrage	40
1.	Einleitung	40
2.	Begriff der Hauptsache nach ZPO und BGG	41
3.	Die Begriffe in Lehre und Rechtsprechung	42
4.	Vorliegende Verwendung der Begriffe	42
Kapitel 2	Einteilung der Vorfragen und ausgewählte Einzelfragen	43
§ 1	Die prozessuale oder verfahrensrechtliche Vorfrage	43
I.	Sachurteilsvoraussetzungen (Prozessvoraussetzungen)	43
II.	Inzidenzentscheide	44
III.	Vorfrageweise Überprüfung von prozessualen Bestimmungen?	45
§ 2	Die materielle oder materiellrechtliche Vorfrage	46
I.	Allgemein	46
1.	Rechtslogische Voraussetzung	46
2.	Materielle Beurteilung der Vorfrage	47

II.	Fremdrechtliche Vorfragen (als Spezialfall der materiellen Vorfrage).....	48
1.	Ausgangslage	48
2.	Kompetenzprüfung durch das angerufene Gericht.....	48
3.	Nicht unter die Zivilgerichtsbarkeit fallende Vorfragen	49
III.	Unter die Zivilgerichtsbarkeit fallende Vorfragen.....	50
IV.	„Tatbestandsvoraussetzungen“ und andere zivilrechtliche Vorfragen	52
V.	Präjudizielle Rechtsverhältnisse	53
1.	Begriff und Wesen	53
2.	Rechtskräftiger Entscheid über das präjudizielle Rechtsverhältnis	54
3.	Terminologie im Zusammenhang mit der „Präjudizialität“	55
4.	Vorfrageentscheide über präjudizielle Rechtsverhältnisse mit Dritten.....	56
VI.	Materielle Vorfragen von prozessualen Vorfragen	56
1.	Allgemein.....	56
2.	Die doppelrelevante Tatsache	57
§ 3	Einreden und Einwendungen	58
I.	Begriffe	58
II.	Abgrenzung.....	58
1.	Keine Berücksichtigung der Einreden von Amtes wegen.....	58
2.	Berücksichtigung der Einwendungen von Amtes wegen.....	59
III.	Die Beurteilung der Einrede als „unechte“ Vorfrage?.....	59
1.	Keine Berücksichtigung der Einrede ohne Erhebung durch die Partei.....	59
2.	Die Ausübung der richterlichen Hinweispflicht als (prozessuale) Vorfrage?.....	61
a)	Das Problem.....	61
b)	Verhandlungsmaxime	61
c)	Dispositionsmaxime	62
d)	Richterliche Aufklärungspflicht vs. Neutralitätsgebot und Funktion der zivilprozessualen Aufklärungs- und Hinweispflichten	63
e)	Fazit: Keine gerichtliche Hinweispflicht auf die Einredemöglichkeit	65
IV.	Die Beurteilung der Einwendung als „echte“ Vorfrage.....	65

Kapitel 3	Die prozessuale Behandlung der Vorfrage im Allgemeinen	67
§ 1	Anspruch auf Vorfragenbeurteilung von Amtes wegen	67
I.	Justizgewährungsanspruch als Vorgabe	67
II.	Rechtsanwendung von Amtes wegen („iura novit curia“)	68
III.	Erfüllung des Beurteilungsanspruchs von Vorfragen	69
1.	Beurteilung der Vorfrage oder Sistierung des eigenen Prozesses	69
2.	Folge der fehlenden Vorfragenbehandlung: Rechtsverweigerung	70
§ 2	Zuständigkeitsfragen im Zusammenhang mit Vorfragen	71
I.	Einleitung	71
II.	Zuständigkeitsbegründung und Vorfrage	72
1.	Grundsatz: Keine Zuständigkeitsbegründung nach der Vorfrage	72
a)	Einordnung unter die Zivilgerichtsbarkeit	72
b)	Eintretenspflicht	72
c)	Örtliche und sachliche Zuständigkeit	74
d)	Rechtshängigkeit	75
e)	Verfahrensrechtliche Zuständigkeitsregelung	75
2.	Ausnahme: Begründung der Zuständigkeit über die Vorfrage	76
a)	Allgemein	76
b)	Prozessüberweisung an eine mit einer Vorfrage befasste Behörde?	77
III.	Vorfragenzuständigkeit	78
1.	Ausgangslage	78
2.	Grundsatz: Beurteilungsrecht	80
a)	Zuständigkeit der Zivilgerichte zur Beurteilung fremdrechtlicher Vorfragen	80
b)	Rechtliche Grundlage?	80
c)	Wesen und Umfang des Beurteilungsrechts	81
d)	Begründung des Grundsatzes	82
3.	Beurteilungspflicht?	83
4.	Beurteilungsverbot	84
a)	Rechtskräftiger Entscheid der zuständigen Behörde	84
b)	Ausnahmen	85
c)	Kraft gesetzlicher Regelung	85

d)	Verrechnungseinwendung über eine fremdrechtliche Gegenforderung.....	86
e)	Auslassung eines Verfahrensschrittes.....	86
5.	Die unter die Zivilgerichtsbarkeit fallenden Vorfragen.....	86
a)	Allgemein.....	86
b)	Beurteilungspflicht.....	86
c)	Die „Vorfragezuständigkeit“ gemäss aArt. 274f Abs. 2 OR.....	87
IV.	Zuständigkeitsfragen im Zusammenhang mit der Verrechnung.....	88
1.	Einleitende Bemerkungen zur Verrechnung.....	88
2.	Zuständigkeit für die Beurteilung der Verrechnungseinrede (bzw. - einwendung).....	90
a)	Zuständigkeitsabgrenzung im Allgemeinen.....	90
b)	Die Zuständigkeit einer fremdrechtlichen Behörde.....	90
c)	Vorgehen bei fremdrechtlichen Gegenforderungen im Zivilprozess.....	94
d)	Verrechnungseinwendung im Adhäsionsprozess.....	95
e)	Zuständigkeit des Zivilfachgerichts für die Gegenforderung.....	96
§ 3	Sistierung des Verfahrens.....	98
I.	Zweck.....	98
II.	Gesetzliche Grundlage und Anwendungsbereich.....	98
III.	Ermessensentscheid des Zivilgerichts.....	100
1.	Pflichtgemässes Ermessen.....	100
2.	Abwägung der Parteiinteressen.....	100
3.	Verfahrensverzögerung.....	101
4.	Rechtssicherheitsüberlegungen.....	101
5.	Sistierung bei fehlender Rechtskraftwirkung.....	102
IV.	Zulässigkeit der Sistierung zur Beurteilung von Vorfragen.....	102
1.	Zwingende Sistierung.....	102
2.	Unzulässige Sistierung.....	103
a)	Unter die Zivilgerichtsbarkeit fallende Vorfrage.....	103
b)	Keine Abhängigkeit des Vorfrageentscheids vom Entscheid im „anderen“ Verfahren.....	103
c)	Rechtsverweigerung bzw. Rechtsverzögerung.....	104
d)	Zuständige Behörde kann nicht angerufen werden.....	106

3.	Mögliche Sistierung	106
a)	Allgemein	106
b)	Verfahren in einem „sachlichen Zusammenhang“	107
c)	Abhängigkeiten der Vorfrage mit rechtsgestaltenden Verfahren.....	108
V.	Formelle Fragen in Zusammenhang mit der Sistierung.....	110
1.	Hängigkeit eines Verfahrens vor der zuständigen Behörde	110
2.	Verfahren vor der zuständigen Behörde (noch) nicht hängig	110
a)	Ausgangsfrage.....	110
b)	„Vorabentscheidungsverfahren“ durch „Vorfragenüberweisung“?	110
c)	„Vorabentscheidungsverfahren“ durch Fristansetzung an die Parteien?	112
3.	Sistierungsantrag der Partei(en)	115
4.	Interesse einer Partei an einem Hauptfrageentscheid der zuständigen Behörde	115
a)	Fragestellung	115
b)	Beispielsfall: Prüfung einer Barauszahlung nach Art. 5 FZG im Scheidungsverfahren	116
c)	Ergebnis (bezogen auf den Beispielsfall).....	117
5.	Rechtsnatur der Sistierungsverfügung/Anfechtung	117
6.	Form der Sistierungsverfügung.....	118
7.	Ende der Sistierung	118
a)	Fristversäumnis oder Beendigung des abhängigen Verfahrens	118
b)	Hinfall der Sistierung verbunden mit fehlendem Einbezug der Vorfrage	118
§ 4	Auf die materielle Vorfrage anwendbares Verfahrensrecht	120
I.	Das Problem.....	120
II.	Meinungsstand in Lehre und Rechtsprechung.....	121
1.	„Zwischenverfahren“?.....	121
2.	Die Auffassung des BGH.....	121
III.	Würdigung	122
1.	Anwendbares Verfahrensrecht als Ganzes	122
2.	Im Rahmen des fremdrechtlichen Vorfrageentscheids anzuwendende Prozessmaximen.....	123
a)	Allgemein	123

b)	Dispositions- und Officialmaxime	124
c)	Verhandlungs- und Untersuchungsmaxime	124
d)	Extensive Ausübung der richterlichen Fragepflicht	127
e)	„Zwischenverfahren“	129
f)	Exkurs: Abweichendes Ergebnis bei Anrufung der zuständigen Behörde	131
3.	Massgebliches Beweisrecht.....	132
a)	Allgemein.....	132
b)	Die Beweislast als materiellrechtliche Frage	132
c)	Beweisrechtliche Anforderungen (Beweismass)	134
d)	Beweisverföugung.....	136
e)	Prozessuale Beweisbestimmungen.....	137
f)	Zwangsmassnahmen (und fehlende Verföugungskompetenz der Zivilgerichte).....	138
IV.	Fazit	139
V.	Anwendbare Verfahrensbestimmungen der ZPO bei unter die Zivilgerichtsbarkeit fallenden Vorfragen.....	139
§ 5	Entscheide in Zusammenhang mit Vorfragen	141
I.	End- und Teilentscheide nach ZPO und BGG	141
1.	Allgemein	141
2.	Nach BGG im Besonderen.....	142
II.	Vor- oder Zwischenentscheide nach ZPO und BGG.....	143
1.	Allgemein	143
2.	Unterschiede zwischen ZPO und BGG.....	145
§ 6	Wirkungen von Entscheiden im Zusammenhang mit Vorfragen	147
I.	Einleitende Bemerkungen.....	147
II.	Grundlagen zur materiellen Rechtskraft.....	147
1.	Ausschluss- und Bindungswirkung.....	147
2.	Rechtskraft erfasst nur das Dispositiv, nicht die Erwägungen.....	149
3.	Präjudizialität	150
III.	Wirkungen von Hauptfrageentscheiden auf Vorfragen in späteren Zivilprozessen.....	151
1.	Wesen und Umfang der Präjudizialitätswirkung	151

a) Massgeblichkeit des Hauptfrageentscheids für identische Vorfragen im Folgeprozess	151
b) Rechtliche Qualifikation der Hauptfrage	154
c) Sachverhalt der Hauptfrage.....	154
2. Bindungswirkung von fremdrechtlichen Entscheiden	155
a) Im Allgemeinen.....	155
b) Entscheide von Verwaltungsbehörden im Besonderen.....	155
c) Entscheide von Strafgerichten im Besonderen.....	156
IV. Rechtskraftwirkung von Vorfrageentscheiden	157
1. Grundsatz: Keine Rechtskraftwirkung.....	157
2. Begründung des Grundsatzes	160
3. Relativierung der fehlenden Bindungswirkung von Vorfrageentscheiden ..	162
a) Prozessuale Vorfragen	162
b) Bezug der Erwägungen zur Auslegung des Dispositivs	162
c) Rechtskraft der Vorfragen des Hauptfrageentscheids.....	163
d) Entscheid über die Verrechnungseinrede (bzw. -einwendung).....	164
4. Absolute Geltung des Grundsatzes?.....	165
a) Formelle Wahrheit	165
b) Vorfragen in einem „unzerreissbaren“ logischen Sinnzusammenhang.....	166
c) Rechtsmissbrauch.....	169
d) Orientierung an den Urteilelementen des Erstprozesses	170
e) Von der herrschenden (deutschen) Lehre anerkannte objektive Rechtskrafterstreckung als Ausnahme	171
5. Sonderfall eines materiellen Vorfrageentscheids im Rahmen der Feststellung der Gegenstandslosigkeit des Zivilverfahrens	172
V. Keine Wirkung nichtiger Entscheide	173
VI. In Unkenntnis wesentlicher Tatsachen gefällte Entscheidungen.....	174
1. Das Problem	174
2. Revision möglich?.....	174
a) Revision nach BGG.....	174
b) Revision nach ZPO	175
c) Revision nach fremdrechtlichem Verfahrensrecht.....	175
d) Formfragen.....	176
VII. Keine Vollstreckbarkeit von Vorfrageentscheiden.....	176

1. Allgemein.....	176
2. Vorfrageentscheid taugt nicht als definitiver Rechtsöffnungstitel.....	177
VIII. Wirkungserstreckung durch „Zwischenfeststellungsklage“	179
1. Natur und Zweck der Zwischenfeststellungsklage.....	179
2. Zulässigkeit im schweizerischen Zivilprozess	180
3. Voraussetzungen	182
4. Zeitpunkt der Stellung des Zwischenfeststellungsantrages.....	183
5. Unzulässigkeit der Feststellungsklage über Rechtsverhältnisse Dritter?	184
6. Streitwert	185
IX. Wirkungen der Streitverkündung.....	185
1. Einfache Streitverkündung	185
2. Streitverkündungsklage	187
§ 7 Rechtsmittel im Zusammenhang mit Vorfragen.....	188
I. Bestimmung des Rechtsmittels nach der Hauptfrage	188
II. Hauptfrage begründet Zuständigkeit der Rechtsmittelinstanz	188
III. Ausgewählte Fragen im Zusammenhang mit der Anfechtung von Vorfragen ...	189
1. Kognition des Bundesgerichts.....	189
a) Fremdrechtliche Vorfragen	189
b) Materielle rechtliche Vorfragen im Zusammenhang mit der Zuständigkeitsrüge	190
2. Entscheid der zuständigen Behörde während hängigem Zivilprozess	190
a) Ausgangslage	190
b) Berufung/Beschwerde	191
c) Revision?.....	191
3. Nachträgliche Aufhebung eines Entscheids der zuständigen Behörde	195
a) Ausgangslage	195
b) Berufung/Beschwerde	196
c) Revision?.....	196
Kapitel 4 Ausgewählte Sonderfälle	197
§ 1 Der hypothetische Inzidentprozess	197
I. Begriff und Natur des hypothetischen Inzidentprozesses.....	197

II.	Blickwinkel des Regressgerichts in Bezug auf den hypothetischen Inzidentprozess	200
III.	Einzelfragen zum Regressprozess	203
1.	Rechtliches	203
2.	Beweisrecht im Regressprozess	204
a)	Beweislast	204
b)	Im Vorprozess nicht zur Verfügung stehende Beweismittel.....	206
c)	Beweismass	207
d)	Prozessuale Beweisvorschriften	207
IV.	Im hypothetischen Inzidentprozess zu berücksichtigende Verfahrensvorschriften	208
1.	Ausgangslage	208
2.	Der Meinungsstand in der (deutschen) Lehre	208
3.	Die Auffassung des BGH.....	210
a)	Allgemein.....	210
b)	Zur Anwendung der Untersuchungsmaxime im Besonderen	211
4.	Würdigung.....	212
a)	Im Allgemeinen.....	212
b)	Zur Sorgfaltspflichtverletzung der regressbeklagten Partei im Vorprozess.....	213
c)	Zum hypothetischen Prozessverlauf.....	214
§ 2	Der vorfrageweise „Gestaltungsentscheid“	216
I.	Das Problem.....	216
II.	Die Frage der Zulässigkeit von „Gestaltungsvorfrageentscheiden“	217
1.	Grundsatz: Keine vorfrageweise Veränderung der Rechtslage.....	217
2.	Ausnahme: Fälle anerkannter Zulässigkeit von „verdeckten Gestaltungsurteilen“	217
III.	Relativierung des Grundsatzes.....	218
1.	Vorbemerkung.....	218
2.	Grundsätzliche Erwägungen	219
a)	Fehlende Bindungswirkung des Vorfrageentscheids	219
b)	Streitgegenstand im Einzelfall massgebend.....	221
c)	Beteiligung von Dritten am Verfahren und Praktikabilitätsüberlegungen.....	222

3.	Nichtigkeit im Besonderen.....	222
4.	Rechtsmissbrauch.....	223
5.	Billigkeitserwägungen.....	225
	a) Praxisfall	225
	b) Kritische Würdigung.....	226
6.	Exkurs: Beteiligung von Drittpersonen am Prozess zur Vorfragebeurteilung am Beispiel des Abstammungsprozesses	228
§ 3	Die Stufenklage.....	230
I.	Begriff.....	230
II.	Zulässigkeit der Stufenklage nach schweizerischer Rechtsprechung.....	230
III.	Zulässigkeit der Stufenklage im schweizerischen Prozessrecht nach Inkrafttreten der ZPO.....	231
IV.	Vorfragen im Prozess der Stufenklage	231
V.	Anfechtung des Hilfsanspruchs	233
§ 4	Die Pfandrechte im Allgemeinen und das Bauhandwerkerpfandrecht im Besonderen.....	235
I.	Grundsätze zum Pfandrecht	235
II.	Vorfrageweise Feststellung der Pfandforderung	236
	1. Allgemein.....	236
	2. Im Verfahren auf definitive Eintragung des Bauhandwerkerpfandrechts....	237
	a) Grundsätze zur definitiven Eintragung des Bauhandwerkerpfandrechts.....	237
	b) Vorfrageweise Feststellung der Pfandsumme.....	238
III.	Bauhandwerkerpfandrecht und Sicherheitsleistung.....	238
	1. Ausgangslage	238
	2. Wirkung der Sicherheitsleistung nach Art. 839 Abs. 3 ZGB.....	239
	a) Im Summarverfahren um vorläufige Eintragung	239
	b) Im Prozess um definitive Eintragung des Bauhandwerkerpfandrechts.....	240
	3. Schlussfolgerungen mit Blick auf die Vorfragenproblematik.....	241
	a) Vorfrageweise Auslegung der geleisteten Sicherheit.....	241
	b) Wandlung einer Vorfrage zur Hauptfrage.....	242
	c) Identische Beurteilung der übrigen Vorfragen nach geleisteter Sicherheit.....	243

Kapitel 5	Immaterialgüterrechtliche Vorfragen und Zuständigkeit	245
§ 1	Die neue Zuständigkeitsregelung und die alte Rechtsprechung	245
I.	Rechtliche Grundlagen	245
1.	Gesetzliche Ausgangslage nach geltendem Recht	245
2.	Rechtliche Situation vor Inkrafttreten der ZPO	246
3.	Behandlung immaterialgüterrechtlicher Vorfragen unter altrechtlicher Ordnung	246
4.	Kritik an der alten Ordnung und der einschlägigen Rechtsprechung	249
II.	Situation unter der geltenden Ordnung	250
1.	Umfang des Zuständigkeitsbereichs der einzigen kantonalen Instanz unter der geltenden ZPO	250
2.	Keine Antwort in den Materialien zur ZPO	251
§ 2	Die Zuständigkeitsreglung für Patentsachen im Besonderen	253
I.	Einleitende Bemerkungen	253
II.	Zuständigkeitsordnung im Patentrecht	253
1.	Gesetzliche Grundlage	253
2.	Auslegung der Zuständigkeitsordnung anhand der Materialien	254
3.	Ein Blick nach Deutschland	256
4.	Zuständigkeit für patentrechtliche Vorfragen im eurointernationalen Verhältnis (EuGVVO)	258
III.	Zuständigkeit für Klagen mit patentrechtlichen Vorfragen	259
1.	Des Bundespatentgerichts im Besonderen	259
2.	Konkurrierende Zuständigkeit mit den kantonalen Zivilgerichten	261
a)	Klägerisches Wahlrecht bei Klagen mit patentrechtlichen Vorfragen	261
b)	Vorfragen betreffend Patentnichtigkeit oder -verletzung	262
IV.	Vorgehen nach Art. 26 Abs. 2 PatGG aus Vorfragensicht	263
1.	Beim Bundespatentgericht	263
a)	Allgemein	263
b)	Keine Rechtskraft des Vorfrageentscheids	264
2.	Beim kantonalen Zivilgericht	265
a)	Allgemein	265
b)	Verfahrenssistierung und Fristansetzung an die Parteien?	265

V.	Das „Zwischenverfahren“ nach Art. 26 Abs. 3 PatGG.....	266
1.	Kritik	266
a)	Vorbemerkung.....	266
b)	Zur zwingenden Anrufung des Bundespatentgerichts	266
c)	Zur fehlenden Berücksichtigung der patentrechtlichen Vorfrage	269
2.	Das Wesen der „Bestandesklage oder der Verletzungsklage“ nach Abs. 3	272
3.	„Rechtskräftiger Entscheid“: End- oder Zwischenentscheid?	275
§ 3	Die Vorfragenzuständigkeit der einzigen kantonalen Instanz nach ZPO	279
I.	Beizug der Überlegungen zur bundespatentgerichtlichen Zuständigkeit	279
1.	Vorbemerkung.....	279
2.	Der Grundsatz der „double instance“	279
3.	Art. 5 lit. a ZPO („Streitigkeiten im Zusammenhang mit ...“)..	280
II.	Wesen der Zuständigkeitsregelung nach Art. 5 Abs. 1 lit. a ZPO	281
1.	Ausschliessliche oder konkurrierende Zuständigkeit?	281
2.	Anrufung der einzigen kantonalen Instanz zur Vorfragenbeurteilung?	283
Kapitel 6	Vorfragen mit internationalzivilprozessualen Bezug	285
§ 1	Vorfrageweise Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets	285
I.	Ausgangslage	285
II.	Meinungsstand in der Lehre	285
III.	Würdigung	287
IV.	Fazit	289
§ 2	Vollstreckung ausländischer Entscheidungen über Geldforderungen	291
I.	Einleitung.....	291
II.	Verfahren	291
III.	Das inzidente Exequatur im Rechtsöffnungsverfahren	293
1.	Grundlage	293
2.	Das Exequatur als Vorfrage	293
3.	Beurteilung der Vorfrage von Amtes wegen (ohne Antrag).....	294
4.	Dispositionsmaxime und Streitgegenstand	295
5.	Rechtsmittel.....	297

6. Materielle Rechtskraft	297
7. Ermittlung des Willens der Gläubigerin.....	298
8. Fazit.....	298
IV. Exkurs: Separate Vollstreckbarerklärung im Rechtsöffnungsverfahren.....	299
1. Objektive Klagenhäufung	299
2. Spezialfall: Gewährleistung der Konformität mit Art. 38 ff. LugÜ.....	302
a) Das Problem.....	302
b) Lösung: Parallel geführtes „Vorfrageverfahren“	303
3. Fehlende Voraussetzungen zur separaten Vollstreckbarerklärung im Rechtsöffnungsverfahren: Vorfrageentscheid.....	304
Kapitel 7 Ausgewählte Vorfragen in SchKG-Angelegenheiten.....	305
§ 1 Vorfrageweise Prüfung (der Zustellung) des Zahlungsbefehls	305
I. Ausgangslage	305
II. Würdigung	306
§ 2 Die Einrede fehlenden neuen Vermögens nach Art. 265/265a SchKG.....	309
I. Einleitung.....	309
1. Allgemein.....	309
2. Vorfrageweise Prüfung der Einrede auch ausserhalb eines Betreibungsverfahrens.....	309
II. Vorfrageweise Prüfung des Rechtsvorschlags mangels neuen Vermögens durch das Rechtsöffnungsgericht?	310
1. Ausgangslage	310
2. Unzulässigkeit eines Vorfrageverfahrens auf Feststellung neuen Vermögens beim Rechtsöffnungsgericht	310
3. Abweisung des begründeten Rechtsvorschlags mittels Verfügung	311
4. Behandlung als gewöhnlicher Rechtsvorschlag ohne vorgängige Verfügung.....	312
III. Vorfrageweise Prüfung des Vorliegens neuen Vermögens	312
1. Ausgangsfall	312
2. Begriff des neuen Vermögens im Sinne von Art. 265 SchKG.....	314
a) Allgemein.....	314
b) Rechtsmissbrauch im Zusammenhang mit neuem Vermögen	315
3. Materielle Vorfragen zur Feststellung „fiktiven“ neuen Vermögens.....	317

a)	Vorbemerkungen.....	317
b)	Vorfrageweise Feststellung von Nichtigkeit?	318
c)	Herabsetzung nach Art. 522 ff. ZGB	318
d)	Herabsetzungsanspruch des ehemaligen Konkursiten	320
e)	Vorliegen neuen Vermögens unter mehreren Titeln.....	320
4.	Zwangsvollstreckungsrechtliche Sonderfragen.....	320
a)	Pfändbarkeit des neuen Vermögens nicht ausschlaggebend	320
b)	Pfändung als bestrittener Anspruch	322
§ 3	Betreibungsrechtliche Klagen mit Reflexwirkung auf das materielle Recht.....	323
I.	Einleitung.....	323
II.	Wirkungen	323
1.	Grundsatz	323
2.	Ausnahme beim Widerspruchsprozess zwischen Schuldner und Drittansprecher?	324
a)	Kontroverse Lehrmeinungen.....	324
b)	Streitgegenstand für die Hauptfrage massgebend	324
c)	Interesse des Schuldners	325
d)	„Zwang“ zur Klageanhebung sowie Fristendruck	326
e)	Wirkung auf spätere Betreibungsverfahren zwischen denselben Parteien?	326
f)	Verfahrensart nicht entscheidend.....	327
3.	Fazit.....	328
	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	329
I.	Grundlagen.....	329
II.	Ausgewählte Sonderfälle	332
III.	Zuständigkeitsregelung für immaterialgüterrechtliche Vorfragen	333
IV.	Vorfragen in Bezug auf ausländische Vollstreckungstitel.....	334
V.	Ausgewählte Vorfragen in Bezug auf SchKG-Angelegenheiten	336